

33

82

Union in Deutschland

Bonn, den 28. Oktober 1982

Nach Schmidts Verzicht

Klare Alternative am 6. März: Koalition der Mitte unter Führung der CDU oder rot-grüne Koalition der SPD

Der Verzicht Helmut Schmidts auf eine Kanzlerkandidatur der SPD ist die logische Konsequenz aus der gegenwärtigen Situation in der SPD, stellt Heiner Geißler fest. Die Politik der SPD und die Politik Helmut Schmidts sind schon lange nicht mehr identisch. Unter Führung Willy Brandts ist die SPD dabei, eine rot-grüne Mehrheit links von der Mitte zu suchen.

Die Sozialdemokraten haben Helmut Schmidt vor die Wahl gestellt, sich als Stimmenfänger für diese rot-grüne Koalition herzugeben oder aber sich zurückzuziehen. Die Entscheidung des früheren Bundeskanzlers verdient Respekt. Es ist jetzt noch zu früh, die politische Leistung Helmut Schmidts historisch einzuordnen und zu würdigen. In schwierigen Zeiten hat er sich als Staatsmann um unser Land verdient gemacht.

Aber er ist an seiner eigenen Partei gescheitert. Er
(Fortsetzung auf Seite 2)

■ HAMBURG

Union kämpft um die Mehrheit am
19. Dezember Seite 3

■ ATEMPAUSE

62 Prozent der Bevölkerung für
Blüms Vorschläge Seite 4

■ HAUSHALT '83

Verlässliche Grundlage für eine
neue Wirtschafts- und Beschäfti-
gungspolitik Seite 5

■ INFORMATION

CDU Hessen nominiert Walter
Wallmann Seite 9

■ AUSLÄNDER- KONGRESS

Für eine gemeinsame Zukunft
Seite 11

■ CDU SCHLESWIG- HOLSTEIN

Uwe Barschel ein Garant für gute
Politik in schlechten Zeiten
Seite 13

■ GEWERK- SCHAFTEN

DGB verweigert Gespräch
über Besoldungsanpassung für
Beamte Seite 15

■ DOKUMENTATION

Neue Impulse für Länder und Ge-
meinden Seite 17

(Fortsetzung von Seite 1)

läßt eine Partei zurück, die ihn schon seit langer Zeit im Stich gelassen hat. Helmut Schmidt hat vor der Wirklichkeit in der SPD resigniert. Eine Wirklichkeit, die durch die Namen Willy Brandt, Erhard Eppler, Oskar Lafontaine und andere bestimmt wird. Mit dem Verzicht Helmut Schmidts auf die Kanzlerkandidatur nimmt die SPD Abschied von ihrem Anspruch, eine Volkspartei der Mitte zu sein. Jetzt ist die Alternative des 6. März endgültig klar. Der Wähler hat die Wahl zwischen einer Regierung der Mitte unter der Führung der CDU und einer rot-grünen Koalition unter der Führung der SPD.

Mit dem gemeinsamen Vorgehen von SPD und GAL in Hamburg ist der Weg vorgezeichnet, den die SPD auch in der gesamten Bundesrepublik gehen will. In Hamburg hat die SPD die Katze aus dem Sack gelassen. Was Willy Brandt schon seit langem ankündigte — eine Koalition links von der Union — ist in Hamburg bereits Wirklichkeit geworden, betonte Heiner Geißler vor der Presse in Bonn. SPD und Grüne machen gemeinsame Sache und wollen dies auch nach den Wahlen am 19. Dezember 1982 tun.

Die SPD benutzt die Grünen als neuen Mehrheitsbeschaffer. SPD plus Grüne: so heißt ihre neue Formel zur Macht. Über diesen taktischen Manövern verrät die SPD ihre Tradition und ihre Grundsätze.

Arbeitnehmer müssen den Pakt der SPD mit den Grünen als einen Verrat an ihren Interessen empfinden. Die Grünen wenden sich gegen wirtschaftliches Wachstum und technischen Fortschritt und nehmen Arbeitslosigkeit in Kauf. Die Sozialdemokraten müssen sich darüber klar werden, ob sie die Interessen der Arbeiter einem Pakt mit Aussteigern und Maschinenstürmern opfern wollen.

Der Pakt der SPD mit den Grünen ist die konsequente Fortsetzung einer Politik, die

an den Hochschulen und Universitäten das Bündnis mit Antidemokraten, Kommunisten, Spartakisten befürwortet und nun offenbar ihre vorläufige Vollendung findet in dem Pakt mit einer Partei, die von Radikalen unterwandert und deren demokratische Zuverlässigkeit zweifelhaft ist.

Die Grundprinzipien der Grünen — ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei — klingen harmlos, aber die Wirklichkeit sieht anders aus:

1. Ökologie statt Ökonomie

Zweifellos haben die Grünen dazu beigetragen, das Umweltbewußtsein zu schärfen, aber der Alternativradikalismus der Grünen schafft weder mehr Arbeitsplätze noch eine saubere Umwelt und zerstört die wirtschaftlichen Voraussetzungen für sozialen Ausgleich und internationale Solidarität mit den Menschen der Dritten Welt. Der rot-grüne Pakt ist keine Hoffnung für junge Menschen, die eine lebenswerte Zukunft gestalten und soziale Verantwortung für die Länder der Dritten Welt tragen wollen.

Der Hunger in der Welt kann nicht durch Null-Wachstum und Maschinenstürmerei bekämpft werden.

2. Die sozialen Krisen sind vorprogrammiert

Zu Recht kritisieren die Grünen zunehmende Anonymität und Bürokratisierung in unserer Gesellschaft. Ihre konkreten Vorschläge aber müßten zu weiteren massiven Kostenexplosionen und in den Versorgungszustand führen. Den Grünen fehlt jedes Augenmaß für die finanziellen Folgen ihrer Forderungen.

Ein rot-grüner Pakt bedeutet deshalb kurzfristig eine weitere Verschuldung des Staates und damit Ausbeutung der kommenden Generation. Mittelfristig müßten die Systeme der sozialen Sicher-

ung unter der finanziellen Überlastung zusammenbrechen.

3. Gefährdung der parlamentarischen Demokratie

Unter dem Stichwort „basisdemokratisch“ verbergen die Grünen ihr widersprüchliches Verhältnis zum Parlamentarismus. Mit dem imperativen Mandat, dem Rotationsprinzip, dem Selbstverständnis als außerparlamentarische Opposition unterlaufen die Grünen die repräsentative Demokratie; sie sympathisieren offen mit der Räte-demokratie.

Ein rot-grüner Pakt gefährdet deshalb die freiheitliche Demokratie unserer Verfassung.

4. Gefahr für den inneren Frieden

Unter dem Stichwort „gewaltfrei“ rechtfertigen die Grünen „Gewalt gegen Sachen“, legitimieren sie ihre eigene Gewalt als „Gegengewalt“, beanspruchen sie für sich ein „Recht auf Widerstand“ und wollen den Rechtsstaat durch das Faustrecht ersetzen. Noch vor wenigen Tagen haben die Grünen offiziell zum gewaltsamen Widerstand gegen die Politik der Bundesregierung aufgerufen.

Ein rot-grüner Pakt gefährdet deshalb den inneren Frieden in der Bundesrepublik Deutschland.

Die SPD/FDP-Koalition ist an der inneren Zerrissenheit der SPD gescheitert. Viele hatten gehofft, daß sich die SPD in der Opposition als sozialdemokratische Partei konsolidieren und so ihre Identitätskrise überwinden würde. Das Gegenteil ist eingetreten: in Hamburg und in Hessen soll der rot-grüne Probelauf stattfinden.

Aber davon bin ich überzeugt: Die Mehrheit der Deutschen will keine rot-grünen Experimente, sondern eine Politik der Mitte.

Walther Leisler Kiep: Union kämpft um die Mehrheit am 19. Dezember

Nach den letzten Wahlen am 6. Juni 1982 ist in Hamburg nicht mehr regiert worden. „Hamburger Verhältnisse“ haben der Freien und Hansestadt schweren Schaden zugefügt. Der Begriff „Hamburger Verhältnisse“ steht mittlerweile für Unregierbarkeit, Handlungsunfähigkeit und Machterhaltung. Wenn die CDU für ihre Politik der Mitte am 19. Dezember 1982 keine Mehrheit erhalten sollte, gehen die Hamburger Verhältnisse weiter, stellt Walther Leisler Kiep fest. Dann ist der 19. Dezember lediglich ein sieben Millionen Mark teures Wahlmanöver.

Führende Mitglieder von SPD und der Grünen Alternativen Liste (GAL) haben jetzt bereits erklärt, daß sie nach dem 19. Dezember bei ähnlichen Mehrheitsverhältnissen weiter verhandeln wollen, wobei beide Seiten davon ausgehen, daß nach einem erneuten Wahlgang der jeweilige Verhandlungspartner kompromißbereiter ist.

Herr von Dohnanyi hat in Absprache mit Willy Brandt die rot-grüne Pfadfinderrolle übernommen und führt dies mit geradezu missionarischem Eifer durch. Mit dem am Sonntag in der Hamburger Bürgerschaft erneut begründeten GAL/SPD-Linksbündnis und mit der Weigerung zurückzutreten, hat er die Hoffnung zerstört, Hamburger Verhältnisse zu beenden und eine handlungsfähige Regierung zu sichern.

Jetzt kann Schaden von der Freien und Hansestadt Hamburg nur noch abgewendet werden, wenn die Mehrheit der Bürger sich am 19. Dezember für die Politik der Union entscheidet.

■ LÖHNE / PREISE

62 Prozent der Bevölkerung für Blüms Atempause

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat mit seinem Vorschlag einer halbjährigen Pause bei Lohnerhöhungen und einer entsprechenden Gegenleistung der Unternehmer in der Bevölkerung starke Zustimmung gefunden. Nach einer Meinungsumfrage der Wickert-Institute sind 62 Prozent aller wahlberechtigten Bundesbürger damit einverstanden.

So hat der Hartmannbund — Verband der Ärzte Deutschlands — seinen bis 30. Juni 1983 erklärten Verzicht auf eine Honoraranhebung an keine Bedingungen geknüpft. Wie der Vorsitzende der 36 000 Mitglieder zählenden Organisation, Horst Bourmer, in Bonn betonte, wollen die Ärzte angesichts der leeren Kassen in Bund und Ländern mit gutem Beispiel vorgehen und damit ihre Solidarität zum Ausdruck bringen.

Für die Zahnärzte erklärte der Vorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Helmut Zedelmaier, auf der Vertreterversammlung seiner Organisation in Hamburg: Die Zahnärzte werden sich in die Solidarität der Bürger dieses Landes einreihen.

Auch die deutschen Landwirte sind, wie Bauernpräsident von Heereman erklärte, zu einem Verzicht auf Preiserhöhungen bereit, wenn alle anderen Gruppen auf Lohn- und Preiserhöhungen verzichten.

Für den größten Arbeitgeber in der Bundesrepublik, die Deutsche Bundespost,

erklärte der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, Christian Schwarz-Schilling: Die Deutsche Bundespost wird 1983 keine Gebührenerhöhungen vornehmen, um damit ein Beispiel bei den „amtlichen Preisen“ zu geben.

Zu den vor allem gegen ihn persönlich gerichteten Angriffen auf den Protestkundgebungen des DGB am Wochenende sagte Blüm: „Nicht das sind die besten Freunde der Arbeiter, die den Gewerkschaften nach dem Munde reden.“ Die Gewerkschaften hätten es gewiß schwerer, „aber man macht ihnen das Leben nicht leichter, wenn man ihnen nur Angenehmes sagt“.

Norbert Blüm: „Der Weg der Bequemlichkeit führt in die Sackgasse.“ Wohin Versprechungen führten, die nicht gehalten werden könnten, das zeige die gegenwärtige Krise. Die neue Regierung sage die Wahrheit, und die sei bitter für alle. „Wir können in 14 Tagen nicht wettmachen, was die vorhergehende Regierung in 13 Jahren versäumt hat.“

Der Bundesarbeitsminister betonte erneut, daß sich niemand jetzt der Solidaritätstaktik verweigern dürfe; auch die Unternehmer müßten hierfür ihren Beitrag leisten.

Bei ihrem zweiten Treffen von Arbeitslosen-Initiativen aus dem gesamten Bundesgebiet in Königswinter auf Einladung des gewählten Arbeitslosensprecher-Ausschusses erklärten die Teilnehmer: „Es ist jetzt nicht die Zeit für Gruppenegoismus. Um den Karren aus dem Dreck zu ziehen müssen sich endlich alle Gesellschaftsgruppen an einen Tisch setzen.“ Wenn die Gewerkschaften die Anregungen auf Lohnverzicht aus Solidarität zu den arbeitslosen Kollegen akzeptieren, müssen die Unternehmer durch Schaffung von Arbeitsplätzen ebenfalls ihre Bereitschaft beweisen, Arbeitslose von der Straße zu holen.

■ BUNDESHAUSHALT 1983

Verlässliche Grundlage für eine neue Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik

In einer Rekordzeit von nur zweieinhalb Wochen hat das Kabinett Kohl, wie in der Regierungserklärung versprochen, einen neuen, ehrlichen Haushaltsentwurf für 1983 vorgelegt und Bundestag und Bundesrat zur Schlußfassung noch in diesem Jahr zugeleitet. Auf diesen Haushalt ist Verlaß. Die deutsche Öffentlichkeit weiß jetzt, woran sie wirklich ist. Die Zeit der Verschleierung, der Halbwahrheiten und der Täuschung ist vorbei. Der Kurs stimmt wieder, aber es wird noch einige Zeit dauern, das traurige Erbe der Regierung Schmidt Schritt für Schritt abzubauen.

Zu den grundsätzlichen Unterschieden zwischen dem Haushalt der Schmidt-Regierung und dem neuen Etatentwurf erklärte Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg: Wir müssen feststellen, daß die Annahmen des alten Haushaltsentwurfs für '83 viel zu optimistisch waren. Die jüngsten Vorhersagen für Wirtschafts- und Arbeitslosigkeit bedeuten, daß wir mit Steuermindereinnahmen im nächsten Jahr von deutlich über zehn Milliarden Mark rechnen müssen und mit zusätzlichen Ausgaben allein für die Bundesanstalt für Arbeit, also für die Arbeitslosen, in der Größenordnung von rund acht Milliarden. Die inhaltlichen Veränderungen beruhen darin, daß wir weitere Kürzungen vornehmen bei nichtinvestiven Leistungen in der Größenordnung von fünfeneinhalb Milliarden, aber zugleich wichtige Ansätze für In-

vestitionen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit deutlich verstärken.

Wir gehen bei den Einschätzungen für Wachstum und Arbeitslosigkeit von einer realistischen Entwicklung aus, wobei wir noch eine Sicherheitsmarge eingebaut haben. Wir legen z. B. für die durchschnittliche Arbeitslosigkeit im nächsten Jahr eine Zahl von 2,35 Millionen zugrunde. Bei den Schätzungen des Sachverständigenrates waren es 100 000 weniger. Hunderttausend mehr oder weniger bedeutet eine Entlastung oder Belastung für den Bundeshaushalt von eineinhalb bis zwei Milliarden. Aber wir hoffen natürlich, daß es besser wird als jetzt eingeschätzt.

Dies bedeutet für den Haushalt des Jahres 1983 insgesamt: die alte Regierung hätte, wenn sie ehrliche Zahlen vorgelegt hätte, eigentlich ein Defizit ausweisen müssen, das viel höher gelegen hätte, als das Defizit, das die neue Regierung mit 40,6 Milliarden DM nunmehr vorlegt.

Härten, die uns besonders schwerfallen, sind die Kürzungen beim Kindergeld. Freilich machen wir es — im Unterschied zur Regierung Schmidt — so, daß wir das Kindergeld nicht bei Normalverdienern kürzen, sondern nur höheren Einkommensgruppen einen Verzicht auf einen Teil des Kindergeldes zumuten. Das ist eine soziale Komponente, die es in der alten Regierung nicht gegeben hat.

Wir werden über die Vorschläge der alten Regierung hinaus außerdem den Ländern bei der Mehrwertsteuerverteilung einen Punkt, also eine Milliarde zusätzlich, an-

bieten und auf dieser Grundlage abschließen. Das bedeutet eine entscheidende Verbesserung auch des politischen Klimas.

Unsere Zukunftsperspektive lautet: Wir werden jetzt und in den nächsten Jahren konsequent den Anteil der Ausgaben, der der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dient, steigern, dem gegenüber in anderen Bereichen aber auch Eingriffe vornehmen. Das ist für manche schmerzlich. Aber es ist für die Zukunftssicherung und eine Politik der wirtschaftlichen Gesundung und der Vollbeschäftigung unverzichtbar.

Bundesbank konnte Zinsen senken

Zu den **währungspolitischen Entscheidungen des Zentralrats der Deutschen Bundesbank** erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble: Die zinspolitischen Beschlüsse des Zentralbankrats der Deutschen Bundesbank beweisen einmal mehr die verantwortungsbewußte und von parteipolitischen Einflüssen unabhängige Geldpolitik der obersten Währungshüter.

Die abenteuerlichen Forderungen des Altbundeskanzlers Schmidt haben damit die knappe Antwort erhalten, die sie verdienen: gewogen und zu leicht befunden; parteipolitische Effekthascherei taugt nicht für verantwortungsbewußte Stabilitäts- und Währungspolitik. Dafür liefert die Bundesbank dem ehemaligen Bundesökonom Schmidt gleich einen Grund für die lange Dauer des hohen Zinsniveaus mit: eine stärkere Unterstützung der Bundesbankpolitik durch die Finanzpolitik der früheren Bundesregierung hätte ein rascheres Senken der Zinsen bewirkt.

Im Klartext heißt das: weniger Schuldenwirtschaft in der Vergangenheit hätte weniger hohe Zinsen und damit mehr Investi-

tionsanreize (sprich: weniger Arbeitslose) bedeutet. Fachkundiger und zugleich vernichtender kann die Kritik an der Finanzpolitik der früheren Bundesregierung nicht ausgedrückt werden.

Überzeugender aber auch kann die Richtigkeit des Kurses der Regierung Kohl nicht dokumentiert werden

Wende war überfällig

Zum **Herbstgutachten der fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute** erklärt der Vorsitzende, der wirtschaftspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Rudolf Sprung: Der Befund der Forschungsinstitute zur Lage der Weltwirtschaft wie der Binnenwirtschaft ist ernüchternd: Auf breiter Front stagniert die gesamtwirtschaftliche Leistung. Die Beschäftigung ist weiter zurückgegangen. Die weitere Entwicklung wird von gefährlichen Risiken überschattet. Zeichen der Hoffnung lassen auf sich warten.

Die überwiegend negativen wirtschaftlichen Daten der Bundesrepublik Deutschland bestätigen, daß eine Wende der Wirtschafts- und Finanzpolitik überfällig war.

Dem Gutachten ist beizupflichten, daß schließlich die fehlende Verlässlichkeit der Wirtschafts- und Finanzpolitik als Voraussetzung unternehmerischer Entscheidungen besonders ins Gewicht fiel.

Die Regierung Kohl hat mit der Regierungserklärung ihr Programm zur Wiederbelebung der Wirtschaft vorgelegt. Auch das Herbstgutachten bestätigt, daß davon erhebliche positive Wirkungen ausgehen werden. Das schließt nicht aus, daß einige Maßnahmen nicht die ungeteilte Zustimmung finden. Wichtig ist jedoch, daß der Kurs stimmt und daß die vorgesehenen Maßnahmen zu einer merklichen Belebung der konjunkturellen Entwicklung im Jahre 1983 führen werden.

■ BUNDESWEHR

Der Soldat bestimmt die Qualität einer Armee

Unsere Bundeswehr hat endlich wieder einen Minister, der mit seinen Soldaten fühlt und weiß, wo sie der Schuh drückt. Manfred Wörner, neuer Chef auf der Hardthöhe seit dem 4. Oktober 1982, wurde in seiner Rede auf der unlängst durchgeführten Kommandeurtagung der Bundeswehr mehrfach durch Beifall unterbrochen. Dies hat es 13 Jahre lang nicht gegeben. Der neue Verteidigungsminister erklärte u. a.:

Das Wichtigste ist für mich der Soldat. Er bestimmt in erster Linie die Qualität einer Armee und damit ihren Abschreckungswert. Nach einer Phase, in der die Modernisierung des Gerätes im Vordergrund stand, muß nun der Mensch Vorrang erhalten. Dafür gibt es drei Gründe:

1. Wir sind dem Warschauer Pakt zahlenmäßig unterlegen, daran wird sich für absehbare Zeit nichts ändern. Diese Unterlegenheit können wir nur durch eines wettmachen: Durch bessere Ausbildung und durch bessere Führung.

2. Die geburtschwachen Jahrgänge, die Ende der achtziger Jahre zur Einberufung heranstehen, reißen eine bedrohliche Lücke in die Bedarfsdeckung der Streitkräfte. Alle anderen Maßnahmen sind nutzlos, wenn es uns nicht gelingt, die Zahl der längerdienenden Soldaten zu steigern. Das ist der immer wieder übersehene Kernpunkt der Vorschläge der Langzeitkommission. Ob uns das gelingen

wird, hängt nicht zuletzt von der Attraktivität des Soldatenberufes ab.

3. Unser wertvollstes Gut, das uns unvertraut ist, sind die jungen Wehrpflichtigen. Je nachdem mit welchen Eindrücken diese jungen Menschen die Bundeswehr verlassen, sind sie die besten oder die schlechtesten Werbeträger unserer Streitkräfte. Leider häufen sich die Anzeichen, daß eher das Letztere der Fall ist.

Wenn zu der unverkennbaren Verunsicherung durch die Pazifismusdiskussion nun auch noch das Gefühl tritt, der junge Wehrpflichtige verplempere seine Zeit nutzlos bei der Bundeswehr, dann gerät unsere Wehrpflichtarmee in eine gefährliche Schere.

Tatsächlich oder vermeintlich sinnloser Dienst, Monotonie und Leerlauf werden mit außerordentlicher Empfindlichkeit registriert und geradezu verübelt. Aller sich dabei ansammelnder Unmut macht sich in dem Vorwurf der „Gammelei“ Luft — der Chiffre eines Negativurteils über die Bundeswehr, das in seiner Wirkung auf die öffentliche Meinung nicht unterschätzt werden darf.

Damit sind die drei Schwerpunkte meiner Anstrengungen vorgezeichnet. Sie gelten

1. einer Verbesserung der Ausbildung und Führungsfähigkeit
2. der Gewinnung von mehr Längerdienenden
3. der Bemühung um einen sinnvoll ausgefüllten Dienst der Wehrpflichtigen.

Die Unteroffiziere sind häufig bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gefordert, manchmal darüber hinaus. Die wehrpflichtigen Soldaten sind dann unterfordert, und es entsteht jener Leerlauf im Dienst, den wir vermeiden müssen.

In einer solchen Lage war es ein katastrophaler Fehler, ausgerechnet die Geldansatzstärken für Längerdienende herunterzusetzen, obwohl sich das Bewerberaufkommen an Soldaten auf Zeit mit drei- und mehrjähriger Verpflichtungszeit günstig entwickelt hatte. Trotz dieser positiven Tendenz fehlten den Streitkräften Ende 1981 in dieser wichtigen Personengruppe 29 000 Soldaten. Ich werde alle Kraft daransetzen, die Zustimmung des Bundesfinanzministers und des Kabinetts für deutlich mehr Freiwilligenstellen als bisher im Jahre 1983 zu gewinnen.

Leistungswille und Einsatzbereitschaft unserer Soldaten sind trotz aller Schwierigkeiten noch immer erstaunlich hoch. Viele von ihnen arbeiten 50, 60 ja bis zu 70 Stunden in der Woche, weit mehr, als im übrigen öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft gefordert und geleistet werden. Wenn die Soldaten schon länger arbeiten, dann können sie erwarten, daß ihre Förderungs- und Verwendungschancen nicht schlechter sind als anderswo.

Ich werde mich daher bemühen, die Mittel für den gesetzlich zugesagten Dienstaustausch im Jahre 1983 zu erhalten, und ich werde jenen Erlaß aufheben, der mit Recht zu Verbitterung in der Truppe geführt hat.

Die Bundeswehr muß kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen, wie das der scheidende Bundeskanzler Schmidt zu Recht in seiner Abschiedsrede betont hat. Daher hat die Fähigkeit zur Menschenführung und die Praxisnähe der Ausbildung Vorrang. Ich werde dafür sorgen, daß bei

der Auswahl der Kommandeure die Eignung zur Menschenführung besonders berücksichtigt wird.

Junge Offiziere, die ein Studium an den Hochschulen der Bundeswehr absolviert haben, zeigen im Truppendienst Leistungswillen, geistige Beweglichkeit und Einfallsreichtum. Aber es fehlt ihnen — ohne ihr Verschulden — häufig das praktische Können, und sie haben Schwächen als Führer. Es wäre für die Erfahrung des jungen Vorgesetzten von größtem Nutzen, wenn er länger in der Truppe gewesen wäre, ehe er zur Hochschule geht.

Frieden und Freiheit gibt es nicht kostenlos

Die Auftragstaktik ist und bleibt der oberste Maßstab des Führungsverhaltens. Sie sichert uns den entscheidenden Vorsprung vor dem Warschauer Pakt. Ein Offizier und Unteroffizier muß fähig sein, selbständig und eigenverantwortlich zu handeln. Verantwortung muß von oben nach unten delegiert werden. Überflüssige Zentralisierung ist von Übel.

In der Bundeswehr gibt es zu viele Vorschriften. Überlegen Sie sich genau, ob ein Befehl oder Erlaß wirklich notwendig ist, ehe sie ihn herausgeben. Wir werden die Anzahl der Vorschriften durchforsten. Dazu braucht es keine neue Kommission. Sollten Sie aus dem Verteidigungsministerium Vorschriften und Erlasse erhalten, die Sie in Ihrer Tagesarbeit hindern, dann lassen Sie mich das unverzüglich wissen.

Probleme der Streitkräfte müssen vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Situation gesehen werden. Vorrang hat die Stabilisierung der Staatsfinanzen. Allerdings: Das, was für unsere Sicherheit unabdingbar ist, muß geschehen. Frieden und Freiheit sind nicht kostenlos zu haben.

INFORMATION

CDU Hessen nominiert Walter Wallmann zum Ministerpräsidenten- Kandidaten

Die CDU Hessen hat den Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann zum Ministerpräsidenten-Kandidaten nominiert und damit ihre Absicht auf politische Führung in Hessen bekundet. Im Ausschuß an die erste Sitzung der Unionsfraktion nach der Wahlentscheidung vom 26. September 1982 sagte CDU-Fraktionsvorsitzender Gottfried Milde vor der Landespressekonferenz in Wiesbaden, die CDU habe damit die „gebotene personelle Konsequenz“ aus dem Wählervotum gezogen, „damit in Hessen eine grün-rote Blockade-Politik verhindert werden kann“.

In einer zweiten Entscheidung hat die Fraktion den Vizepräsidenten des Hessischen Landtages, Jochen Lengemann, zum Nachfolger des aus Altersgründen aus dem Hessischen Landtag ausscheidenden Landtagspräsidenten Hans Wagner benannt.

Die CDU dokumentiert nach den Worten Mildes durch die Aufstellung eines eigenen Ministerpräsidenten-Kandidaten, „daß sie ihrer parlamentarischen Verantwortung gegenüber dem Wähler zur Regierungsbildung in Hessen gerecht werden will“. Der Wähler könne mit Recht erwarten, daß das von ihm gewählte Parlament wenigstens den Versuch unternahme, eine neue Regierung zu bilden. Wenn die SPD die Benennung eines eigenen Ministerpräsidenten-Kandidaten verweigern würde, wäre deutlich, daß sie an einer demokratisch-parlamentarischen Legitimation Holger Börners im neuen Landtag kein Interesse habe. Sollte sich Börner zur Wahl stellen, werde entweder sichtbar,

daß er im Hessischen Landtag über weniger Stimmen als Walter Wallmann verfüge oder aber daß die „grün-rote Zusammenarbeit in Hessen zum Schaden des Landes bereits Wirklichkeit geworden ist“, betonte Milde abschließend.

Landesregierung spendet fünf Prozent ihres Gehalts an MS-Kranke

Die Mitglieder der baden-württembergischen Landesregierung werden 1983 und 1984 freiwillig fünf Prozent ihres Nettogehalts dem Landesverband Multiple Sklerose Erkrankter (AMSEL) zur Verfügung stellen. Wie Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) mitteilte, wird der Einkommensverzicht der Staatssekretäre und Minister etwa 70 000 Mark im Jahr betragen. Nach dem Beispiel der Bundesregierung wird auch das Kabinett des neuen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Uwe Barschel die Ministergehälter um fünf Prozent kürzen.

Leistung entscheidet und nicht das Parteibuch

Pressemeldungen zufolge hat es der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans Wallow „skandalös gefunden“, daß von der neuen Bundesregierung 24 politische Spitzenbeamte in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden seien. Hierzu erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Miitner:

Diese zur Schau getragene Empörung ist zutiefst unglaublich und scheinheilig. Nach der Bildung der Koalition von SPD und FDP sind unmittelbar nach der Regierungsübernahme in den Jahren 1969 und 1970 allein 64 politische Beamte in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Von 1969 bis zum Zusammenbruch dieser Koalition sind sage und schreibe 161 poli-

tische Beamte des Bundes vorzeitig entlassen worden. Diese Praxis hat den Steuerzahler nach offiziellen Auskünften der alten Bundesregierung vom 1. Januar 1969 bis Oktober 1981 rund 71 Mio. DM gekostet.

Die Institution des politischen Beamten ist eingeführt worden, um eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Leitung des Hauses und ihren Spitzenbeamten zu ermöglichen. Es ist deshalb unerlässlich, daß bei einem Regierungswechsel ein gewisser Austausch stattfindet. Die neue Regierung von CDU/CSU und FDP hat von diesem Instrument maßvoll Gebrauch gemacht.

Bis März keine verschärften Sicherheitsgesetze

Die Bundesregierung strebt nach den Worten von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann bis zu den im März geplanten Neuwahlen keine Verschärfung der Gesetze zur inneren Sicherheit an. Zimmermann erklärte in einem Interview, es sei in der Bundesregierung für die fünf Monate, die vor uns lägen, verabredet, nichts auf diesem Gebiet zu verwirklichen. Auf die Frage nach einer Verschärfung des Demonstrationsrechts erklärte er: „Wenn eine Zeit der Gewalttätigkeit wiederkehrt, wird man sich das eine oder andere überlegen müssen.“

Zusammenarbeit mit den Bundesländern

Zu der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das das Staatshaftungsgesetz für verfassungswidrig erklärt hat, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Benno Erhard: Das jetzt für verfassungswidrig erklärte Gesetz ist ein besonders krasser und schwerwiegender Fall des Versuchs der Manipulation am Grundgesetz vorbei.

Was den Verstoß um so schlimmer macht ist die Tatsache, daß den Verantwortlichen Tragweite und Ausmaß bewußt waren.

In einem früheren Stadium des Gesetzgebungsverfahrens hatten sie eine andere Lösung ins Auge gefaßt. Erst nachdem die Abstimmung mit den Bundesländern nicht in die gewünschte Richtung lief, haben sie ein verfassungswidriges Gesetz durchgeboxt mit dem ausschließlichen Ziel, die Länder im Bundesrat auszuschalten. Diese Manipulation, die die Verfassung zu Manövrieren der Parteitaktik degradiert hat, hat dem Rechtsstaat schweren Schaden zugefügt und das Vertrauen vieler Bürger erschüttert.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird gemeinsam mit der neuen Bundesregierung nach den Neuwahlen darangehen, ein ausgewogenes und gerechtes System des Staatshaftungsrechts zu erarbeiten. Dabei wird der wichtigste Grundsatz die strikte Achtung der Verfassung in Zusammenarbeit und nicht in Konfrontation mit den Bundesländern sein.

Kritik an Brasilien-Reise von Leinen

Als aufwendiges Unternehmen, das viele deutsche Steuerzahler als Zumutung empfinden, hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Weirich die geplante Brasilien-Reise des Sprechers des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen, Leinen, bezeichnet. Leinen, der dem linken Flügel der SPD zugerechnet wird, soll auf Einladung des Goethe-Institutes in einer längeren Brasilien-Reise über Geschichte und Rolle der Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik Vorträge halten. Weirich sagte, es dürfe bezweifelt werden, ob Leinen, dessen erklärtes Ziel es sei, die Bundesrepublik unregierbar zu machen und „Hamburger Verhältnisse“ auf Bonn zu übertragen, ein wirksamer Repräsentant für den Willen der Bürger in der Bundesrepublik sei.

AUSLÄNDERKONGRESS

Für eine gemeinsame Zukunft

Unter dem Leitwort „Ausländer in Deutschland — Für eine gemeinsame Zukunft“ veranstaltete die CDU am 20. und 21. Oktober 1982 eine wissenschaftliche Fachtagung im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn. Der Kongreß diente dem Ziel, die Situation der ausländischen Einwohner in der Bundesrepublik Deutschland umfassend zu analysieren und Wege zur Lösung der Probleme aufzuzeigen. Insbesondere wurde über jene Fragen diskutiert, die sich aus dem Zusammenleben von Deutschen und Ausländern ergeben.

Zu dem Kongreß war offen eingeladen, es kamen also nicht nur CDU-Mitglieder. An der Tagung nahmen über 600 Teilnehmer aus allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland teil. Unter den Gästen waren mehr als ein Drittel ausländische Mitbürger: Griechen, Italiener, Jugoslawen, Portugiesen, Spanier, Türken, Vietnamesen u. a. Es wurde also nicht, wie so oft, von Deutschen mit Deutschen über Ausländer geredet, sondern es wurde von Deutschen mit ausländischen Bürgern offen und öffentlich über das künftige Miteinander diskutiert.

Die Thematik des Kongresses unter dem Leitmotiv „Für eine gemeinsame Zukunft“ beschäftigte sich vor allem mit den Perspektiven der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in Wirtschaft und Gesellschaft. Ein besonderer Schwerpunkt lag bei den Zukunftschancen für die heranwachsenden ausländischen Kin-

der und Jugendlichen. Ein weiterer Schwerpunkt befaßte sich mit den Grenzen und Möglichkeiten der gesellschaftlichen Integration von ethnischen Minderheiten.

Führende CDU-Politiker — unter ihnen Generalsekretär Bundesfamilienminister Dr. Heiner Geißler, Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf, der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Alfred Dregger, Senator Ulf Fink, Minister Prof. Dr. Roman Herzog, Walther Leisler Kiep, Senatorin Dr. Hanna-Renate Laurien, Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel, Dr. Bernhard Worms — trugen ihre Thesen zu den verschiedenen Aspekten der Ausländerpolitik vor und stellten sich der Diskussion über Parteigrenzen hinweg mit Wissenschaftlern, Vertretern der Kirchen und Sachverständigen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und mit betroffenen Ausländern. So sprachen u. a. die Soziologen Prof. Dr. Karl O. Hondrich aus Frankfurt und Erwin K. Scheuch aus Köln, der Religionswissenschaftler Prof. Dr. Boumann aus Marburg, der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit Josef Stingl, der Leiter des Kommissariats der Deutschen Bischöfe Prälat Paul Bocklet, der Präsident des Diakonischen Werkes Dr. Theodor Schober sowie der Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes Dr. Hans-Jürgen Schilling. Aus der Sicht der Ausländer referierten u. a. der Vorsitzende der Vereinigung HÜR TÜRK Enver Küçükoglu, der türkische Journalist Ramazan Öz und der Delegat der Spanier-Seelsorge in Deutschland Felix Rodriguez-Fernandez.

Gleich zu Beginn der Tagung setzte Generalsekretär Heiner Geißler mit seinem Referat einen entscheidenden Akzent. Heiner Geißler führte aus, daß unser Land nicht die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der ganzen Welt lösen könne. Solidarität bedeute zwar Mitarbeit am Abbau der Probleme anderer Länder. Dies könne aber nicht dadurch geschehen, daß man immer mehr Ausländer in die Bundesrepublik Deutschland hole. So importiere man die Probleme der anderen Länder.

Aufgabe der Politik sei es, durch ausgewogene rechtzeitige Maßnahmen zu verhindern, daß Schwierigkeiten zwischen Deutschen und Ausländern unlösbar werden und ungewollt und latent vorhandene Ausländerfeindlichkeit gefördert werde. Geißler warnte insbesondere vor dem Trugschluß, man brauche nur angesichts der gut 1,8 Millionen Arbeitslosen die rund 1,9 Millionen ausländischen Beschäftigten in ihre Heimatländer zurückzuschicken und dann sei das Problem der Arbeitslosigkeit schon gelöst.

Es gebe eine Reihe von Industriezweigen, die auf ausländische Arbeitnehmer angewiesen seien. So beschäftige die Automobilindustrie zu 35% ausländische Arbeitnehmer. Ohne Ausländer würden in vielen Städten die Müllabfuhr zusammenbrechen, die Räder der Fördertürme beim Bergbau stocken und die Gaststätten veröden.

Ausdrücklich stellte Heiner Geißler noch einmal die drei Ziele der neuen Bundesregierung zur Ausländerpolitik heraus:

- Eingliederung der hier lebenden Ausländer,
- die Begrenzung des weiteren Zuzugs,
- Hilfen für die freiwillige Rückkehr in das Heimatland.

Sehr pessimistisch zeichnete unter dem Beifall der ausländischen Zuhörer der spanische Seelsorger Rodriguez die Situation der 4,7 Millionen Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland:

„Nirgends erwünscht zu sein, in keinem Land Wurzeln schlagen zu können, keine Zukunft zu haben, dazu verurteilt zu sein eine Ware auf dem Arbeitsmarkt darzustellen, die man gebraucht oder wegwirft je nach den Erfordernissen des Augenblicks.“

Bei allen offenen und kontroversen Diskussionen auf dem Kongreß zwischen Deutschen und Ausländern, zwischen Politikern, Wissenschaftlern und Vertretern gesellschaftlicher Gruppen wurde zum Schluß deutlich, daß es für die CDU und die ganz große Mehrheit der Anwesenden nur eine Ausländerpolitik geben könne die ganz bewußt auf den Grundwerten des Grundsatzprogramms der CDU aufbaut und die von einem christlich-humanistischen Menschenbild ausgeht. Für die Kongreßteilnehmer wurde glaubhaft, daß es der CDU darum geht, den hier lebenden Ausländern, die dazu bereit sind, das Angebot der partnerschaftlichen Zusammenarbeit für eine gemeinsame Zukunft zu machen. Auf dieser Tagung ist ein Dialog zwischen CDU und Ausländern in Gang gekommen. Dieser Dialog muß fortgesetzt werden.

Anmerkung: Zur Fachtagung hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle eine umfassende Dokumentation zur Entwicklung der Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland seit 1955 vorgelegt, die über den Buchhandel zu beziehen ist: „Ausländer in Deutschland — Für eine gemeinsame Zukunft“, Hrsg. Heiner Geißler, Olzog-Verlag, München, 1982 DM.

■ CDU SCHLESWIG-HOLSTEIN

Uwe Barschel ein Garant für gute Politik in schlechten Zeiten

Mit überwältigender Mehrheit (96 %) wählten am vorletzten Oktoberwochenende die Delegierten des Landesparteitages der CDU Schleswig-Holstein in Eckernförde den neuen Ministerpräsidenten Uwe Barschel zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl am 13. März 1983.

Damit bewies die Landes-CDU innerhalb weniger Tage zum zweiten Mal ihre Fähigkeit zu geschlossenem und klarem Handeln. Nach dem eindeutigen Votum der CDU-Landtagsfraktion bei der Wahl Barschels zum neuen Ministerpräsidenten gaben die Delegierten dem 38jährigen Politiker quasi doppelte Stärkung: Bestätigung seiner Wahl und Rückendeckung und Auftrag für einen erfolgreichen Wahlkampf.

Landesvorsitzender Gerhard Stoltenberg, Amtsvorgänger Barschels und seit dem 4. Oktober Finanzminister im Kabinett Kohl, gehörte zu den ersten Gratulanten. Stoltenberg sagte, er sei überzeugt, daß die CDU Schleswig-Holstein mit Uwe Barschel die Wahlen am 13. März gewinnen und im Gegensatz zu Hamburg und Hessen eine CDU-Regierung mit Uwe Barschel an der Spitze weiter eine gute Politik zum Wohle der Bürger des Landes verwirklichen werde.

Gerhard Stoltenberg ging besonders auf die einzigartigen Tatsachenverdrehungen der Bonner Opposition in den Tagen nach dem Regierungswechsel ein. Die Sozialdemokraten mit Schmidt, Brandt und Wehner an der Spitze redeten in den letz-

ten zwei Wochen so, als sei die Koalition der Mitte für die langen Jahre wirtschaftlicher Talfahrt und steigender Arbeitslosigkeit verantwortlich. Der Bundesfinanzminister bezeichnete die Volkswirtschaft als krank, aber nicht als sterbenskrank. Jedoch bleibe nicht mehr viel Zeit, den Gesundungsprozeß konsequent einzuleiten.

„Es war höchste Zeit, eine zerrissene, durch Richtungskämpfe gelähmte, durch Ideologisierung verblendete Sozialdemokratie aus der Regierungsverantwortung abzulösen.“ Bis zum Regierungswechsel habe die SPD die Bürger systematisch in die Irre geführt, jetzt in der Opposition werde der Versuch weiter gemacht, um die schweren eigenen Fehler zu vertuschen. Die Sozialdemokraten trügen jetzt zur Bonner Diskussion nicht mehr bei als massive Polemik, Verdrehungen und Klassenkampffarolen.

Die ersten Entscheidungen der neuen Bundesregierung beschrieb Gerhard Stoltenberg als eindeutig und richtungweisend. Die neue Aufgabe in Bonn sei für ihn aber kein Abschied von Schleswig-Holstein. „Unsere Gegner im Lande sollen weiter mit mir rechnen und unsere Freunde können weiter auf mich zählen“, sagte er wörtlich.

Uwe Barschel dankte zu Beginn seiner landespolitisch akzentuierten Rede seinem Amtsvorgänger Gerhard Stoltenberg, der nicht nur mehr als ein Jahrzehnt die Regierung geführt, sondern Schleswig-Holstein wesentlich nach innen und außen geprägt habe. Der neue Ministerpräsident

und Spitzenkandidat sagte der Regierung Kohl zu, die Grundlinien der Politik dieser Koalition der Mitte aus den wohlverstandenen Interessen Schleswig-Holsteins heraus zu unterstützen. Denn diese Politik entlaste von dem enormen Kostendruck, unter dem seit Jahren die Länder stöhnen.

Der 13. März bleibe Landtagswahltermin, unterstrich Barschel noch einmal. Er sagte harte Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner voraus. Die SPD werde versuchen, ein Bündnis mit den Grünen, der FDP und der dänischen Minderheit zu schmieden, um die CDU-Mehrheit zu brechen. Man müsse sich also einmal mehr darauf einstellen, die regierungsfähige Mehrheit allein zu erkämpfen. Einen neuen Aufwind bei der SPD sieht Barschel nicht. Er bezeichnete die These, die SPD habe sich nach den Wahlen von Hessen und Bayern stabilisiert, als vorschnell. Zu seinem Konkurrenten für das Amt des Ministerpräsidenten, dem Sozialdemokraten Engholm, meinte Barschel, dieser habe sich bereits zehn Tage nach dem Bruch der Bonner SPD/FDP-Koalition von wichtigen Positionen seiner Regierungsarbeit losgesagt, „offensichtlich um sich gelenkig zu machen für den Superspagaat, der im Lande von links außen bis über die Mitte reichen soll“.

Mit einem zumindest für den Landesvorsitzenden überraschenden, aber würdigen Finale klang der Parteitag aus. Delegationen aus allen 15 Kreisverbänden dankten Gerhard Stoltenberg für die geleistete Arbeit als Regierungschef. Ausdruck des Dankes war ein bunter Reigen kulinarischer, musikalischer und folkloristischer Höhepunkte.

Uwe Barschel ist mit 38 Jahren der jüngste Regierungschef in Schleswig-Holstein oder der jemals an der Spitze eines anderen deutschen Bundeslandes gestanden hat. So jung an Jahren der neue Ministerpräsident ist, seine politische Erfahrung

ist bereits lang und erfolgreich. Vor 22 Jahren, mit dem Eintritt in die Junge Union, die er ab 1967 als Landesvorsitzender führte, hat er sich in der politischen Arbeit bewährt: 1969 stellvertretender CDU-Landesvorsitzender, 1970 bis 1974 Kreistagsabgeordneter im Herzogtum Lauenburg, ab 1971 Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Herzogtum Lauenburg-Süd.

Von 1971 bis 1973 war Barschel Parlamentarischer Vertreter des Kultusministers und Regierungsbeauftragter für Jugend und Sport. Ab 1973 führte er die CDU-Landtagsfraktion, deren Vorsitz er bis zu seiner Ernennung als Finanzminister im Januar 1979 innehatte. Bereits ein halbes Jahr später berief ihn Gerhard Stoltenberg zum Innenminister.

Hilfe für die Werften

Uwe Barschel ist ein Mann, ein Politiker, der stets den Kontakt zu den Menschen sucht. Mit offenen Augen begegnet er dem Alltag und hat dabei frühzeitig die Probleme der Zeit erkannt. Als Gründer und Präsident der Stiftung Herzogtum Lauenburg fördert er die Kultur, in die er sowohl Kunst wie Naturschutz einbezieht.

Ministerpräsident Uwe Barschel hat in seiner Regierungserklärung die Ankündigung von Bundeskanzler Helmut Kohl begrüßt, das Verhältnis der Bundesregierung zu den Ländern „wieder zu verbessern“.

Barschel verband mit seiner Feststellung zugleich die Forderungen, daß die neue Bundesregierung „die Werftkrise im Norden nicht minder entschlossen bekämpft als die Stahlkrise im Westen“ und die Quote Schleswig-Holsteins bei den Bundesergänzungszuweisungen erhöht. Als „unverändert erforderlich“ bezeichnete Barschel die friedliche Nutzung der Kernenergie, bei deren Ausbau die Kieler Landesregierung „stets in Übereinstimmung mit der Bundesregierung gehandelt“ habe.

■ GEWERKSCHAFTEN

DGB verweigert Gespräch über Besoldungsanpassung für Beamte

Die Delegation des Deutschen Gewerkschaftsbundes, unter Leitung des stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Fehrenbach, hat am Dienstag in Bonn das Gespräch des Bundesinnenministers über die Besoldungs- und Versorgungsanpassung 1983 mit den Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften abrupt verlassen, nachdem Fehrenbach eine vierzigminütige Erklärung verlesen und darin ultimativ die Zurücknahme des Gesetzentwurfs verlangt hatte.

Gegenstand des Beteiligungsgesprächs war der aufgrund der Koalitionsabsprache vorgelegte Gesetzentwurf, der eine Anpassung der Bezüge der Beamten, Richter, Soldaten und Versorgungsempfänger um 2 v.-H. ab 1. Juli 1983 vorsieht. Die Bundesregierung erkennt die berechtigten Interessen der Beamten, Richter und Soldaten an. Die sich zuspitzende wirtschaftliche und finanzielle Gesamtsituation zwingt aber zu außergewöhnlichen Maßnahmen in vielen Bereichen.

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann dankte ausdrücklich dem Deutschen Beamtenbund, den Richterverbänden, dem CGB und dem DBwV für die konstruktiv geführten Beteiligungsgespräche am Beginn des Entscheidungsprozesses, auch wenn die finanziellen Vorschläge von den Verbänden als nicht ausreichend angesehen würden. Dagegen fehle es ihm an jedem Verständnis, daß sich der

DGB kategorisch einem Dialog über die für 1983 vorgesehene Besoldungsverbesserung versagt und das Gespräch verlassen habe, ohne auf das weitere Angebot der Bundesregierung zur Fortsetzung des Meinungsaustauschs einzugehen.

Dieses ungewöhnliche Verhalten sei nur als Verweigerung der Mitarbeit im Kampf gegen die dramatisch wachsende Arbeitslosigkeit zu verstehen unter gleichzeitiger Schuldzuweisung allein an die Adresse der neuen Bundesregierung.

Zuvor hatte der Bundesinnenminister betont: Die neue Bundesregierung hat eine schwere Erblast übernommen. Wir haben derzeit nichts zu bieten als leere Kassen. Aber wir haben eine Perspektive, wir haben den Willen und hoffentlich die Kraft, im Zusammenwirken mit allen Bürgern die notwendigen Sparmaßnahmen durchzuführen und einen Prozeß der wirtschaftlichen Gesundung einzuleiten.

Bereits 1967 vor Beginn der großen Koalition wurde eine Lohnpause zwischen den Tarifpartnern vereinbart. Die IG Metall vereinbarte 9 Monate, IG Bau—Steine—Erden 3 Monate, IG Textil und Bekleidung 7 Monate und für den öffentlichen Dienst wurde eine Lohnpause von 6 Monaten vereinbart.

Der öffentliche Dienst ist insoweit eingebettet in die Risikogemeinschaft aller Bürger. Er kann und darf daher nicht abseits stehen, wenn der Gesamtheit der Bürger jetzt besondere, aber notwendige Lasten auferlegt werden.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

Die SPD als Regierungspartei – eine Schlußbilanz

Die SPD als Regierungspartei Eine Schlußbilanz



Die von der CDU vorgelegte Bilanz der SPD als Regierungspartei zeigt den Weg der SPD vom Aufbruch 1969 zum Niedergang 1982.

Die SPD hat 1969 bei ihrem Regierungsantritt ein wohlgeordnetes Haus übernommen, nach dreizehn Jahren ist dieses Haus Bundesrepublik Deutschland von Grund auf renovierungsbedürftig. Die SPD als Regierungspartei: eine schlimme Bilanz.

Die Broschüre bietet hierzu detaillierte Fakten, Zahlen und Analysen und ist damit eine wichtige Informations- und Argumentationshilfe für die aktuelle politische Auseinandersetzung.

Bestell-Nr. 5352
Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 23,— DM

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 40,— DM. **Einzelpreis** 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UID